

Verfammlung aufklären zu lassen. Alle bedrücke die schweren Zeiten, insbesondere die Arbeitslosigkeit und die Krisis der Landwirtschaft. Es müsse alles getan werden, um die schweren Zeiten in unserem Lande zu bekämpfen und verfrüht werden, sich selbst zu verjagen. Davon sei der Anfang die Einfachheit u. Selbstbeschränkung. Insbesondere bezüglich der Arbeitskräfte müsse die Selbstverpflichtung klar sein. Durch den überaus großen Anfall an Einnahmen sei das Land gezwungen, bei den Ausgaben Einschränkungen vorzunehmen, soweit nicht durch neue Einnahmen eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel erreicht werden könne. Gegenwärtig würden Verhandlungen geführt wegen Erhöhung des Zollpaußschales, man wolle durch Aufnahme eines Anleihebillsiges Geld herbeiführen und es sei auch geplant, eine Krisensteuer einzuführen. Die letztere erlasse produktive Reuevermögen von über Fr. 50 000 und Einkommen von über Fr. 3000. Bei den Vermögens sei ein Satz von 1/4 Promille in Aussicht genommen, bei den Einkommen ein solcher von 1/2 Prozent, welcher sich jedoch bis 10 Prozent steigern würde. Der Abbau der Gehälter komme durch die Krisensteuer automatisch. (Aber die zu vielen Stellen?) In einen weiteren Abbau von Personal werde nicht gedacht. (?) Einschränkungen könnten höchstens noch beim Baumeister gemacht werden. (Aber auch anderswo!)

Der Referent kam auch auf die Steuerpauschalierung Armesa zu sprechen, sowie auf die Schadenersatzansprüche gegen die österreichischen Bundesbahnen wegen der Rheinbrücke. Der Herr Regierungschef vertrat diesbezüglich die Meinung, die Regierung hätte in beiden Sachen gut getan. (Aber viele sind anderer Ansicht. Kann nicht ein Blau- oder Gelbdruck herausgegeben werden mit den Aktien?) Was das Verhältnis zur Schweiz anbelange, könne er nur sagen, daß die Regierung auf dem Boden des Zollvertrages mit der Schweiz stehe.

Weiters streifte der Referent auch den Heimatsdienst, die „Leute, die sehr schöne, paradiesische Seiten für unser Land prophezeien“. Es sei sicher, daß man Verschickenes anders machen könne, aber keine Regierung könne mehr tun, als ihre finanziellen Mittel es erlauben. Er wolle noch betonen, daß das Volk jederzeit das Recht habe, von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch zu machen (und die Volksrechte einschränken?), es könne den Landtag auflösen etc. Er sei jederzeit bereit, die Geschäfte einem andern in die Hand zu geben; ihm fehle es nicht am guten Willen, die Sache recht zu machen.

Als zweiter Referent sprach Landtagspräsident Frommel über Arbeit und Arbeitskräfte. Der Mangel der Arbeitsmöglichkeiten rühre in erster Linie von der Umwandlung der Lebensverhältnisse her. Früher (?) habe man besonders auf das bare Geld ein Auge gehabt und wenn dieser Sinn im Volke wieder geweckt werden könnte, so bliebe mancher Franken in der Tasche, der sonst nutzlos ausgegeben werde. Heute sei die Arbeit gesucht und wenn man keine habe, müsse man sich eben entsprechend einschränken. Die Verhältnisse, wie sie in der heutigen Krisenzeit seien, stellen seiner Meinung nach einen gewissen Dauerbestand der Zeit dar. Die Notlage werde anauern. Auch er betone sich zur Idee des Wohlfahrtsstaates, das heißt zur Idee, daß der Staat aus seiner ganzen Kraft der Not der Bürger feuern müsse. Man könne aber vom Staate nicht mehr verlangen, als er selber habe, wenn man nicht Schulden machen wolle. Gerade was das Wohlfahrtswesen anbelange, sei das Land heute auf sich selbst angewiesen.

Die Krisensteuer werde nur von großen Vermögens und Einkommen eingezogen. Ein Anleihen von einer Million Franken würde dem Lande wohl über ein gutes Stück der Krise hinweghelfen. (Und die Tilgung?) Es müsse jedoch in erster Linie getrachtet werden, sich aus eigener Kraft über Wasser zu halten. Der Not könne besonders durch die Einfachheit gesteuert werden. (Abbau!) Es sollte auch im Lande selbst bei der Arbeit die Konkurrenz ausgeschaltet werden und es sollten sich die Unternehmer nicht gegenseitig unterbieten.

Um Arbeitsamt, das heute mehr kritisiert werde als das Steueramt, sagte er, daß in unserem Lande die guten, qualifizierten Arbeiter meistens noch selber Arbeit finden; es sei deshalb für das Arbeitsamt sehr schwer, Arbeiter unterzubringen, da es sich eben meistens um solche Arbeiter handle, die nicht vollwertig seien. (So, so!)

Leber Erläuterung des Vorlesenden referierte der fürstliche Rat Spelt über die Verhältnisse bei der Spaltasse. Er sprach hochschätzende Worte über die in Desterreich angelegten Gelder sowie über die teuren Trepananlagen. Es sei beachtlich, im Laufe des Jahres 1934 den Zinssatz wieder herabzusetzen. (Aber in Desterreich soll eine sehr große Summe angelegt sein!)

In der anschließenden Diskussion wurde hauptsächlich über den Heimatsdienst, von der Selbstversorgung, von der Unterstützung in Naturalien, sowie von der Freiwilligkeit (Schwundgeld) etc. gesprochen.

Im großen und ganzen erfuhr man aus der Versammlung nichts Neues u. nur eine Selbstverpflichtung, ohne daß sie auf ihre Gegner überzeugend einwirkte. Man erfah dies auch aus dem Besal, der nur von jener Seite kam, die der heutigen Regierungspartei angehört. Volksparteier und Heimatsdienstler konnten durch die Ausführungen der Referenten wohl keine ge-

wonnen werden. Mit dem einen Rezept, wenn man nichts habe, dürfe man auch nichts ausgeben, ist eben niemandem geblieben!

Unterland. (Eingekandt.)
Gegenwärtig bilden manche Straßen, so die Straße von Venders nach Schaun und die meisten Unterländer Landstraßen, ein trauriger Anblick. Wäre es nicht klüger, man würde diese Straßen verbessern und dadurch Arbeitsgelegenheiten bieten, als kostbillige Institutionen, wie Landwirtschaftliche Beratungstelle, Säuglingsfürsorge, Arbeitsamt, Postämter und gleich zwei Regierungschef. Wir glauben bestimmt, daß für Liechtenstein ein Regierungschef vollausgenügen dürfte. Sparen, sparen und nochmals sparen sollte man, dann könnte man den Arbeitern Verdienst geben. Jährlich ließen sich mehr als Fr. 50 000 im Staatshaushalt einsparen, ohne daß man die Gehälter abbaut, sondern nur Umstellungen, die für liechtensteinische Verhältnisse ein Luxus bedeuten, aufheben würde.

Landtag. (Mitgeteilt.)
Mittwoch den 21. Februar versammelte sich der Landtag als Kommission zur Besprechung einiger Fragen in Vaduz.

Er beschloß grundsätzlich in Anbetracht der Finanzlage des Landes, den Entwurf einer Krisensteuer in Beratung zu ziehen. Die Regierung wurde beauftragt, bis zur nächsten Sitzung einen bezüglichen Gesetzesentwurf vorzulegen. Das Volk wird Gelegenheit haben, sich selber über die Einführung einer nur hohe Einkommen und Vermögen belastenden Steuer zu entscheiden.

Ein Antrag auf Abänderung des Ehegesetzes wurde der Kommission weiter abgewiesen.
Der Landtag beschloß ferner eine Gesetzesänderung, derzufolge inständig bei Spangsbereitungen Forderungen in Anleihenrat anstatt wie bisher in Verleihenrat bezahlt werden können. Es bedeutet dies eine durch die Zeitumstände gebotene Rücksichtnahme auf die Schuldner.

Ferner wählte der Landtag eine Kommission zum Studium eines neuen Betreibungsrechtes und zur Prüfung weiterer rechtlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise.

In Hinblick auf die Fortsetzung des Binnenanals aufwärts nach Triesen wird eine neuerliche Stellungnahme der Gemeinde und des Bauamtes eingeholt.

Der Landtag beschloß weiter, die von einer hiesigen domizilierten Gesellschaft abgeführte Schenkungssteuer auf die einzelnen Gemeinden nach der Bevölkerungsgröße zu verteilen.

Der in Vaduz für den Kanalbau erworbene Boden wird vom Lande im Versteigerungswege demnächst verkauft werden.

Die Verabfolgung von Verkaufspremiën für Vieh wird in gleicher Weise wie bis Herbst 1934 auch auf die Zeit bis 31. März 1934 verlängert.

Endlich beschloß der Landtag, den Beitritt Liechtensteins zum Warschauer Abkommen über Privatluftrecht und den Abschluß einer Vereinbarung mit Deutschland über die gegenseitige Steuerbefreiung im Automobilverkehr.

Die staatliche Milchfabrik.
An der öffentlichen Versammlung vom 20. Februar im Rathausaale in Vaduz führte der Redner Präsident Frommel aus: wenn die Milchfabrik gemolten werden wolle, müsse sie auch gestüttert werden. Es ist dies ein alter Spruch; aber wie üblich sollte derjenige, der die Kuh milcht, sie auch füttern.

Politik und Staatsangelegenheiten.
Wie wir bestimmt vernehmen, hat die Regierung angeblich auf Anzeige wegen Befähigung von Staatsangehörigen bei Parteien, die ausgesprochen regierungsoptionellen Charakter tragen, ein Schreiben ergehen lassen. Darin wird den Beamten zur Pflicht gemacht, sich in politischer Beziehung, soweit es die Regierungsoption betrifft, außer sich zurückzuführen. Die Beamten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sonst der Wert der Zusammenarbeit mit ihnen nicht mehr bestehen würde. Es müßte ihnen überlassen werden, den Staatsdienst zu verlassen. Hiesig darf wohl die Bemerkung gemacht werden, daß es auch Beamte und Staatsangestellte gibt, die sich nicht bei der regierungsoptionellen Partei befinden und denen sehr wohl Möglichkeit zu empfehlen wäre, denn was schon dem einen gilt, sollte auch dem anderen gelten. Vielleicht könnte dadurch Zeit und Mühe eingespart werden.

Wie übrigens der Regierungserlaß mit der von der Verfassung garantierten Freiheit der politischen Betätigung, der freien Meinungsäußerung usw. übereinstimmt, darüber darf man berechtigter Zweifel haben.

Arbeitsamt.
Wir erhalten vom Arbeitsamt ein Mitgeteilt betreffend eine Aeußerung des Josef Laternier in Mühlholz an der Versammlung des Heimatsdienstes in Eschen, daß Laternier und viele andere mit dem Arbeitsamt nicht zufrieden sein können. Er habe beim Arbeitsamt, wie es im Berichte heißt, um Arbeit angefragt; man habe ihm keine gegeben. Darauf habe Laternier dem betreffenden Beamten geantwortet, er möge Gott danken, daß er keine Arbeit und doch seinen Lohn habe. Dazu schreibt das Arbeitsamt, daß diese Schilderung nicht richtig sei, daß Laternier nicht beim Arbeitsamt gewesen sei. Nach unseren Erkundigungen ist nun Laternier tatsächlich nicht beim Arbeitsamt gewesen, es ist aber auch richtig, daß Laternier diese Aeußerung in dieser Form nicht getan hat, sondern er hat sich

geäußert, daß zu einem Kollegen diese Aeußerung vom Arbeitsamt gemacht wurde und dieser Kollege habe dann, immer nach den Informationen des Laternier, diese Aeußerung getan. Wir glauben hiermit, in dieser Sache genug getan zu haben.

Schneeberichte des Liechtensteinischen Verkehrsvereins. (Telephonische Berichte vom Freitag den 23. Febr., vormittags 8 Uhr.)
Malbun meldet 70 Zentimeter bis 1,10 Meter Schnee, heiter, Temperatur Cels. -5.
Gaflei meldet 30 Zentimeter Schnee, heiter, Temperatur Cels. 0.

Arbeitsmarkt Vaduz. (Tel. Nr. 12.)
Offene Stellen: Auf das Frühjahr eine Partie Knechtstellen für mittlere landwirtschaftliche Betriebe nach der Schweiz (Bewerberinnen sind mit Geburtsdaten und Heimatgemeindegänge, eventuell auch mit Zeugnisbelegen, halbtägig einzufinden); 1 Jüngerer Knecht nach dem Unterland; 1 Jungmutter nach Vaduz; 1 Knecht nach Ruggell; 1 Knecht nach Schaun; 1 Serviermutter nach Schaun; 1 Provisionsreisender mit Zeitschriften für Liechtenstein; 1 Reisender zur Quernstraße und Waghartel; 1 Serviermutter, auch zur Mühlhöhe im Haushalt, nach Vaduz; 1 Dienstmädchen für Haus- und Landwirtschaft nach Wangs; 1 Haushälterin nach Vaduz und Triesenberg; 1 Dienstmädchen in Arbeiterfamilie nach Vaduz; 1 Küchenmädchen nach Vaduz; mehrere Jungknechte ins Ober- und Unterland.

Stellen suchen: 1 Reisender mit fünfjähriger Praxis für Liechtenstein und die Schweiz, mehrere Schlosser, Schreiner, Chauffeurs, Maler, Spengler; Bureaukräfte und weibliche Dienstpersonal.

Liechtensteinische Lehrlingskommission. (Mitgeteilt.)
Offene Stellen: 1 Lehrstelle für Damenschneiderei nach Vaduz; 1 Postlerlehrling.

Sanktio Vaduz.
Ab heute läuft der überaus interessante Spionagemfilm „Die unsichtbare Front“. Spionage -- der erbittert geführte Kampf, an der der großen Masse nicht bekannten Front des Geheimdiensteinsatzes. Auf Grund von Zeit tatsächlicher Begebenheiten wird das Schicksal eines jungen Mädchens erzählt. Wie sie nun ohne ihr Wissen zum Werkzeug geheimer Machinationen gemacht wird, wie sie aus der Verstrickung sich nicht mehr zu lösen vermag, wie die Liebe, die mit elementarer Gewalt von ihr Besitz ergreift, sie immer tiefer ins Verderben drängt, das bildet die erschütternde Episode in diesem politischen Zeitgemälde von erschreckender Wahrscheinlichkeit. Ein Film, der sich lohnt, anzusehen.

Schau des Weidentäschens. Es ist eine Ansicht, die im Frühling als erstes Zeichen der erwachenden Natur erscheinenden Weidentäschens abzulesen. Für jeden Naturliebhaber ist es ein Sammel, oftmals die geplünderten Sträucher zu sehen. Laßt doch anderen auch die Freude! Denkt aber außerdem an die wirtschaftlichen Schäden! Die Pollen der Weidentäschens und der Haselnuß sind das erste Futter für die Bienen. Wird ihnen dieses Futter genommen, ist eine schwere Schädigung der Bienezucht unumvermeidlich, und daß wir die Bienen nicht nur zur Gewinnung des Honigs, sondern auch zur Befruchtung der Blüten nötig haben, weiß jeder. Denkt nicht etwa: „So ein paar Zweige, das kann doch nichts schaden“. Bedenket, daß viele Wenig ein Viel geben!

„Verschiedenes“. (Mitgeteilt der Regierung.)
Die Nr. 13 der „Z. N.“ vom Mittwoch den 14. Febr. 1934 befaßt sich mit dem Budget für das Jahr 1934. Es wird dort gesagt, daß für „Verschiedenes“ und „Unvorhergesehenes“ im Jahre 1934 Ausgaben in der Höhe von Fr. 68 700 veranschlagt sind -- immerhin eine ganz respektable Summe -- die ohne jede weitere Anleihe von der Regierung veranschlagt werden soll.

Die Regierung weiß demgegenüber darauf hin, daß bei Behandlung der Jahresrechnung im Landtage genaue Auskunft über die unter „Verschiedenes“ berechneten Posten erteilt wird. Deswegen überprüft die Geschäftsprüfungscommission sowie die Offiziellerweise Treuhandgesellschaft in G. Galten diese Posten, die vollständig in Rechnung gehen. Die Regierung bemerkt weiter, daß es geradezu unmöglich ist, jede einzelne Ausgabe, die das Land zu machen hat, unter einem besonderen Titel einzureichen. Dieser Tatsache dürfte sich auch die frühere Regierung nicht verschlossen haben, nach den Landesrechnungen und Jahresveranschlagungen zu schließen, die unter „Verschiedenes“ veranschlagt oder höhere Summen erzielten, als in den letzten Jahresbudgetstellen. So wurde ausgegeben für „Verschiedenes“:

im Jahre 1924	Fr. 26 311.51
im Jahre 1925	11 082.17
im Jahre 1926	56 558.23
im Jahre 1927	40 185.12
im Jahre 1928	85 791.68
im Jahre 1929	50 878.87
im Jahre 1930	64 908.10
im Jahre 1931	70 184.69
im Jahre 1932	94 982.08
Total Fr. 471 277.30	

Auf die einzelnen Zweige der Landesverwaltung verteilt, ergibt sich für:

Verwaltung	Fr. 96 575.71
Schule	87 572.56
Postamt	179 241.59
Landwirtschaft	26 728.19
Steuerwesen	9 868.42
Pollwachen	3 419.10
Post und Telegraph	51 931.08
Gerichtswesen	28 649.21
Sanität	7 371.62
Spitale für Jünger	20 418.72
Total Fr. 471 277.30	

Im der Öffentlichkeit eingereichte einen Einblick zu gewähren, hat unter dem Titel „Verschiedenes“ und „Unvorhergesehenes“ berechnete, führen die nach Verwaltungsbezügen geordnet die bedeutendsten Posten an:

1. Verwaltung.
Diverse Verordnungsprämiën, Spesenrechnung der

Rontröllstelle der Landestafel, Bewirtschaftungskosten von fremden Beamten, Zeitungsabonnement, Stammbuchungen, Zeitig der Landestafel bei Silberlieferung, Revision der Gemeinderrechnungen, Gebühren an diverse Verwaltungen.
Dazu kommen an anderen Ausgaben:

1925.
Auszahlungen an einen Rechtsanwalt.
1926.
Subvention des Bürgervereins von Dr. Andreas Illmer (700 Franken), diverse Gutachten bei Rechtsanwältin, Zeitig der Landestafel bei Silberlieferung 900 Franken, dito 1050 Franken, Rechtsanwältin Dr. Wagner 1000 Franken.

1927.
Bewirtschaftungskostenbeitrag an Lodenauer 1500 Franken, Rückmachungs-Einstellung 950 Franken, Gebührentabelle Dr. Wilhelm West 1028 Franken.

1928.
Kosten der Büchereibildung und der Kindererziehung bei diesem Anlaß.
1929.
Diverse Rechtsgutachten im Zusammenhang mit der Spaltassefrage, Ausgaben für Büchereibildung.

1930.
Subvention an Sittlichen Verein, Bewirtung des schweizerischen Bürgervereins (1700 Franken).

1931.
Förderlohn für Münsenfund (700 Franken), Revisionskosten bei Lodenauer 300 Franken, Annahosten Dr. Weber in Sachen Klassenlotterie 1800 Franken.

1932.
Subvention des vortrüberrichts-liechtensteinischen Wirtlichkeits (Fr. 300), Zusatzkosten 229 Franken, Beiträge 400 Franken, Praxiskosten Dr. West und Dr. Wagner in Eschen 740 Franken, Anlauf eines Rohens des Bundes „Herrn Johann II.“ von Eduard Meisel, Sommerfesttage in den Alpen 305 Franken, diverse Ausgaben für Freizeitanlagen.
(Fortsetzung folgt.)

(Durch die Ausführungen, die uns die fürstliche Regierung zur Verfügung stellte, ist wenigstens zum Teil Aufschluß über die Verwendung des Postens „Verschiedenes“ und „Unvorhergesehenes“ im Budget (Fr. 68 700) gegeben worden.)

Die Aufstellung kann zwar nicht ganz bezweigen, sie genügt aber doch einigermaßen Einblick für einzelne Ausgaben stellt die Summe heutz. der Name und manchmal gerade bei solchen, die besonderes Interesse finden.

Bestelle gilt für die in der nächsten Kammer erscheinende Fortsetzung. D. R.

Aufruf!

„An unsere Bauernschaft und an alle Gewerbetreibenden in Liechtenstein, aber auch an weitere Kreise, ergeht hiermit ein Aufruf als Einladung, sich an der Durchführung unserer Landes-Ausstellung zu beteiligen, zugleich aber auch die Bitte, die vielfachen Aufgaben dieser Schau nach Möglichkeit zu fördern.“

Der Ausstellungsbau hat im Lande selbst, wie auch in der Nachbarrschaft, eine gute Aufnahme gefunden, und man darf keine Mühe scheuen, in dieser schweren Zeit dem Wirtschaftlichen neue Möglichkeiten zu erschließen.
Mancherlei Vorbereitungen sind schon im Gange; man ist entschlossen, zu beweisen, daß unser kleines Land ebenfalls eine beachtenswerte Leistungsfähigkeit besitzt, und das können wir in unseren eigenen Landsteuern wie unseren Nachbarn nur in einer, die Früchte unserer Arbeit wirksam darbietenden, großen Schau zeigen, also in der geplanten liechtensteinischen Landes-Ausstellung.

Es gilt, unsere heimische Volkswirtschaft zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln -- es gilt, zu zeigen, daß wir einmütig zusammenstehen, wenn an das ganze Land der Ruf ergeht, und daß wir immer bereit sind, einer schönen und wichtigen Aufgabe unsere Kräfte zu widmen, jeder in seiner Weise, jeder auf seinem Platze -- es gilt, die getane Arbeit zu ehren und neuem Schaffen, Erfolge und Verdienste den Weg zu ebnen.

Niemand stelle sich abseits! -- Jeder fühle sich als zugehörig! Mit Eifer und Freude bemühe sich ein jeder, daß er in diesem Wettbewerb am besten darstellt! -- Wie Liechtensteins sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß unsere Landes-Ausstellung ein Ehrenamt der Arbeit werde. -- Zur Mitarbeit wird vielfältige Gelegenheit sein und jedem Mitarbeiter, Freund und Förderer dieser voll und ganz dem Gemeinwohl dienenden Veranstaltung sei schon heute Dank gesagt!

Vaduz, im Februar 1934.
Die Ausstellungseleitung.

Haben wir Glauben?

(Sonntagsgedanken.)

Auf unserm Geschlecht häufen sich die Sorgen. Man sieht es fast allen Menschen an, daß die Freude von ihnen gerichtet ist. Selbst über die Zukunftszicht hat man von wirklicher Freude kaum etwas beobachten können. Es ist nun einfach einmal nicht die Zeit, um feiern und frohlocken zu sein. In der Welt sieht es noch nicht danach aus, als ob sich die Verhältnisse bald bessern wollten. Es ist keine Aufhellung am idyllischen Himmel festzustellen. Trüb und schwer hängen die Wolken über unserm Geschlecht. Wieviele Eltern sehen heute mit erster Bestimmtheit der Zukunft ihrer Kinder entgegen. Und da hört das Wort der Bibel hinein: „Lorget nicht, werdet eure Sorgen auf den Herrn! Vermögen wir das? Braucht es nicht eine gewaltige Kraft, um die Sorgen abzuwerfen, die so drückend auf uns liegen? Ja, diese Kraft braucht es. Es müssen in der Tat starke Menschen sein, die das heute können, die irgendwie mit der Sorge fertig werden. Wir meinen wahrhaftig nicht die, die sich um nichts kümmern, die aus lauter Fatalismus und Lieberlichkeit in den Tag hineinleben. Wir denken vielmehr an diejenigen, die es mit ihrer Pflicht ernst nehmen und doch nicht von Sorgen erdrückt werden, die bei all den schweren Pflichten, die sie auf sich nehmen, froh-